

Platz abbeck

Nr. 6, 1. Oktober 2013

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Danke!

Nach dem spannenden Wahlkrimi vom 22. September 2013 möchte ich die Gelegenheit ergreifen mich als wiedergewählter Kölner Bundestagsabgeordneter der LINKEN von ganzem Herzen bei den Wählerinnen und Wählern bedanken, die der LINKEN und damit auch mir mit unserer Wiederwahl ihr Vertrauen ausgesprochen haben.

Mit 8,5 % bundesweit und 8,1 % in Köln ist DIE LINKE als einzige soziale Kraft im Parlament wieder gewählt worden, und trotz der erheblichen Verluste gegenüber der Bundestagswahl 2009 hat DIE LINKE auch in NRW mit 6,1 % der Zweitstimmen ein Ergebnis deutlich über der 5 % Hürde erreicht. Angesichts der Weichenstellung der SPD in Richtung große Koalition nimmt DIE LINKE im Bund selbstbewusst die Rolle der größten Oppositionspartei an der Seite von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften an; dazu gehört aber auch, dass wir jede Gelegenheit nutzen werden, dafür zu werben, die parlamentarische Mehrheit gegen Angela Merkel im Bundestag zu nutzen, wichtige soziale Ziele wie den gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn zu beschließen.

Besonders gefreut hat mich, dass DIE LINKE in Köln – und auch in meinem Wahlkreis – im Vergleich mit anderen Städten in NRW ein besonders gutes Ergebnis erzielt hat. Ausschlaggebend dafür waren – so auch das Wahlamt der Stadt in seiner ersten Wahlanalyse – Stimmengewinne der LINKEN besonders in den Hochburgen der Grünen in der Innenstadt, in Ehrenfeld und Nippes, aber auch in Kalk.

Diesen im Wahlkampf spürbaren Zuzug an Akzeptanz in der Stadtgesellschaft sollten wir für die Kommunalwahl nutzen – und nicht mit einem Rückfall in die Selbstbeschäftigung mit internen Machtkämpfen aufs Spiel setzen.

Auf diese Arbeit in Köln und Berlin freue ich mich und werde weiterhin mein Bestes geben, um mit Euch/Ihnen gemeinsam dieses Land und diese Stadt sozial gerechter zu gestalten.
Matthias W. Birkwald

Keine Verdrängung von Mietern! Initiative der LINKEN nimmt Fahrt auf

In Köln ist Wohnraum knapp und teuer. Freie Wohnungen werden teurer weiter vermietet. Neugebaute Wohnungen liegen oft im Luxussegment. Gerade in beliebten Vierteln wie der Südstadt, dem Agnesviertel oder rund um den Rathenauplatz werden angestammte Mieter verdrängt. Investoren vermieten oder verkaufen diese Wohnungen nach Luxussanierungen an eine zahlungskräftige Kundschaft. Ein Instrument, mit dem DIE LINKE diesem Prozess entgegensteuern will, sind Milieuschutzsatzungen.

Sie können bestimmte Eingriffe verbieten, die Wohnungen gemeinhin attraktiv machen. So kann eine Milieuschutzsatzung vorschreiben, dass Wohnungen nicht zusammengelegt werden dürfen oder kein zweites Bad eingebaut werden darf.

DIE LINKE hatte am 27.6.2013 einen Ratsantrag gestellt, um die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zum Erlass von Milieuschutzsatzungen zu beauftragen. Dieser Antrag wurde vom Rat in die Fachausschüsse Stadtentwicklung und Soziales zur Behandlung nach der Sommerpause verwiesen. Später stellte dann auch die

SPD in der Bezirksvertretung Innenstadt einen Antrag dazu. Der wurde nicht verschoben, sondern sofort verabschiedet.

Die Verwaltung erhöhte sogar das Tempo und legte direkt nach der Sommerpause eine Beschlussvorlage vor. Sie sieht vor, Milieuschutzsatzungen für Wohnbereiche zu erlassen, die von Luxussanierungen und Mieterverdrängungen betroffen sind. Der entsprechende Beschluss fand im Stadtentwicklungsausschuss eine Mehrheit.

Schön, dass das Anliegen der LINKEN trotz taktischer Spielchen nun doch umgesetzt wird. Offenbar ist nach den heftigen Mietsteigerungen in Köln die Zeit reif für Gegenmaßnahmen.

In München, Hamburg und Berlin wird dieses wohnungspolitische Instrument bereits lange eingesetzt, in Köln bisher nur einmal: Mitte der 90er Jahre wurde die soziale Zusammensetzung der Stegerwaldsiedlung durch den Erlass einer sozialen Erhaltungssatzung geschützt, weil man Verdrängungseffekte durch die Messe befürchtete. Hier scheint diese Satzung erfolgreich entgegengewirkt zu haben.

Doch die Verabschiedung einer Milieu- 



Matthias W. Birkwald, männlicher Spitzenkandidat auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen auf einer Wahlkundgebung am Roncalliplatz. Er zieht als Kölner für DIE LINKE erneut in den Bundestag ein.



Fortsetzung Seite 2

www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de



Kliniken der Stadt Köln: Gegen Privatisierung und Dumpinglöhne

Die Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH will die Küche privatisieren und hat die Reinigungsarbeiten auch in sensiblen Bereichen an ein Privatunternehmen gegeben. Reinigungskräfte, die seit zehn Jahren in den Kölner Kliniken arbeiten, werden nicht weiter beschäftigt. Bei dem privatem Reinigungsunternehmen Klüh verdienen sie deutlich weniger. Die Pressesprecherin der Kölner Kliniken sagt laut Stadtanzeiger vom 5.8.2013, die Reinigungskräfte hätten „zwar Lohneinbußen“, würden „aber nicht arbeitslos“. Danke, wie großzügig!

Die Löhne bei der Firma Klüh sind ohnehin niedriger – und wurden im September noch einmal faktisch gesenkt. Die Zeiten für die Reinigung eines Raumes wurden reduziert, die Beschäftigten müssen mehr Quadratmeter in weniger Zeit schaffen. Brauchen sie länger, bekommen sie dies nicht bezahlt.

Gegen diese Art von Lohndumping protestierten die in der IG BAU organisierten Kolleginnen und Kollegen vor der Klinik Holweide. DIE LINKE hat vor den Kliniken Merheim und Holweide dazu Flyer verteilt, was gut ankam. Die IG BAU vermutet, dass die Kliniken nicht ganz unschuldig an der Kürzung sind. Diese haben hohe Verluste und wollen durch die Privatisierung Kosten senken. Es liegt nahe, dass sie versuchen, den Kostendruck an externe Dienstleister weiterzugeben.

Auch im Kölner Rat werden wir uns dafür einsetzen, dass der Beschluss zur Privatisierung von Küche und Reinigung zurück genommen wird. *Claus Ludwig*

Fortsetzung v. S. 1: Keine Verdrängung ...

schutzsatzung ist nur der erste Schritt, um Luxussanierungen zu verhindern. Sie muss auch umgesetzt und kontrolliert werden. Die Verwaltung will ermitteln, wie hoch der personelle und finanzielle Aufwand sein muss. DIE LINKE wird wachsam bleiben, ob nach der Kommunalwahl auch das entsprechende Personal zugesetzt wird. Ohne Geld in die Hand zu nehmen hat auch diese Satzung kaum Auswirkung auf die Praxis.

Michael Weisenstein

Wohnungen vor Zweck- entfremdung schützen

Bis Ende 2013 soll eine Beschlussvorlage zum Erlass einer Wohnraumschutzsatzung (ehemals Zweckentfremdungsverordnung) vorgelegt werden. Dies erklärt die Verwaltung auf eine Anfrage der LINKEN im Stadtentwicklungsausschuss.

DIE LINKE dringt auf den Erlass einer solchen Satzung, um zu verhindern, dass Vermieter Wohnungen aus spekulativen Gründen leer stehen lassen oder etwa für Gewerbe zweckentfremden. Wohnungen müssen zum Wohnen zur Verfügung stehen.

Wir benötigen die Wohnraumschutzsatzung so bald wie möglich. Die angespannte Lage auf dem Kölner Wohnungsmarkt gebietet es, dass ein so wichtiges Steuerungsinstrument nicht ungenutzt bleibt.

Der Rat hatte die Verwaltung am 27.03.2012 mit der Erstellung einer Wohnraumschutzsatzung beauftragt, nachdem dieses durch eine Gesetzesänderung auf Landesebene zum 27.01.2012 wieder möglich geworden war. Die Verzögerung bei der Erstellung einer entsprechenden Beschlussvorlage begründet die Verwaltung wenig nachvollziehbar mit der langen Zeit der vorläufigen Haushaltsführung durch die späte Verabschiedung des Kölner Haushaltes. Bis zur Verabschiedung des Haushaltes war zwar die Umsetzung einer Wohnraumschutzsatzung nicht möglich, sie hätte aber bereits beraten und auch beschlossen werden können. Dann wäre sie schon jetzt wirksam. Nach fast zwei Jahren darf es keine weiteren Verzögerungen mehr geben!

Michael Weisenstein

Kölner Baudezernent Franz-Josef Höing seit einem Jahr im Amt

Auch DIE LINKE zieht Bilanz über die Arbeit des Baudezernenten.

Jörg Detjen, Sprecher Kölner Ratsfraktion DIE LINKE, äußert sich hierzu: „Wir begrüßen sehr, dass Baudezernent Franz-Josef Höing sich für eine starke Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten einsetzt. Das hat er zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Heliosgelände in Ehrenfeld gezeigt.“

Der Baudezernent hat Recht, dass seinem Dezernat Personal fehlt: Für viel Geld werden externe Firmen beauftragt, weil eigene Fachleute fehlen. Andere Bereiche, wie das im Wohnungsbau erfolgreiche Baulückenprogramm, müssen heruntergefahren werden. Hier machen sich wie an vielen anderen Stellen die Folgen der rot-grünen Kürzungspolitik der letzten Jahre bemerkbar.

Sorgen bereitet uns der drohende Umbau des Deutzer Hafens. Zugunsten von Luxuswohnungen würden hier Arbeitsplätze zerstört werden. Herr Höing war in Hamburg für das Projekt HafenCity zuständig und ist von der Ratsmehrheit für die Umwandlung des Deutzer und des Mülheimer

Hafens nach Köln geholt worden.“

Michael Weisenstein, Ratsmitglied und für DIE LINKE im Stadtentwicklungsausschuss, ergänzt:

„Ich habe Franz-Josef Höing als kooperativen Baudezernenten erlebt, der sich auch mit kritischen Stimmen auseinandersetzt. Bezahlbare Wohnungen sind das drängende Thema in Köln und müssen es auch für den Baudezernenten sein. Der Baudezernent muss sein politisches Gewicht nutzen, damit ungenutzte Flächen für den Wohnungsbau verwendet werden können, statt sie für Gewerbeansiedlungen vorzuhalten.“

Bezirksregierung prüft Kölner Haushalt

Anfang September hat die Bezirksregierung den Kölner Haushalt für 2013/14 genehmigt. Sie hat als Aufsichtsbehörde die Aufgabe, die Haushalte der Kommunen auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen.

Breiten Raum im Ergebnis dieser Prüfung nimmt das Kölner Haushaltsdefizit ein. Die Bezirksregierung kritisiert, dass kein Konzept zur Konsolidierung des Kölner Haushaltes erkennbar sei.

Damit liegt die Bezirksregierung einerseits richtig, Verwaltung und rot-grüne Ratsmehrheit haben ein solches Konzept nicht erkennen lassen. Andererseits täuscht sie sich mit der Annahme, dass ein solches Konzept möglich sei. Es ist die Steuerpolitik des Bundes der letzten fünfzehn Jahre - von rot-grün über schwarz-rot bis schwarz-gelb -, die die öffentlichen Haushalte in die Krise getrieben hat. Das hat gerade erst wieder eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung gezeigt. Kürzungshaushalte, wie der am 30.4. von Rot-Grün verabschiedete, mit all ihren Streichungen in den Bereichen Soziales, Jugend und Kultur, ändern an diesem Problem nichts.

Bemängelt hat die Bezirksregierung auch Verzögerungen bei der Umsetzung des „wirkungsorientierten Haushaltes“. Dieser soll es ermöglichen, anhand von Kennzahlen die Wirksamkeit und Kostengünstigkeit städtischer Maßnahmen zu überprüfen und war von der Kölner Kämmerin bei ihrem Amtsantritt 2010 als ihr Paradeprojekt angekündigt worden.

Ebenfalls kritisiert die Bezirksregierung die späte Verabschiedung des Kölner Haushaltes Ende April und weist auf die Gemeindeordnung hin, laut der ein kommunaler Haushalt bis spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres verabschiedet und der Bezirksregierung bekannt gemacht werden soll. Die letzten Haushaltsverabschiedungen fanden entgegen dieser Regelung allesamt erst spät im Haushaltsjahr statt. Diese Verzögerungen wurden von der LINKEN immer wieder kritisiert, verhindern sie doch Planungssicherheit in der freien Jugend- oder Sozialarbeit und machen die Finanzierung kultureller Projekte im ersten Halbjahr unmöglich.

Wilfried Kossen

Aus den Bezirken

■ Nippes

Fehlende Einkaufsmöglichkeit im Niederländer Viertel

Im Niederländer Viertel zwischen Zoo und Rhein in Köln-Riehl gibt es keine fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeit. Der Zoo stellt dabei eine Barriere dar, die die Anwohner umrunden müssen, um in das nächste Nahversorgungszentrum in der Stammheimer Strasse zu gelangen. Das stellt eine besondere Härte für Einwohner dar, die alt oder gehbehindert sind.

Deshalb wollte DIE LINKE von der Verwaltung wissen, welche Möglichkeiten es gibt, die Versorgungslücke zu schließen. DIE LINKE in Nippes hat dabei fahrende Lebensmittelhändler oder Integrationsunternehmen ins Spiel gebracht. Diese haben einen hohen Anteil an behinderten Mitarbeitern und werden deswegen besonders gefördert. Sie betreiben oft Geschäfte, die den großen Lebensmittelketten zu klein sind. In Köln-Niehl gibt es bereits so einen Laden. Wegen der Atmosphäre eines Tante-Emma-Ladens entsteht oft eine besondere Kundenbindung, die das Viertel lebenswerter macht. Bis Redaktionsschluss lag noch keine Antwort der Verwaltung vor.



Höninger Weg: Nicht immer ist eine schöne Straße auch eine sichere Straße

Andree Willige

■ Rodenkirchen

Quartiersgarage Zollstock

Am 29. April 2013 wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung ein von mir vorgelegter Prüfungsantrag für eine Quartiersgarage in Zollstock in leicht geänderter Form einstimmig beschlossen. In der Sitzung vom 9. September 2013 wurde der Bezirksvertretung eine Stellungnahme der Verwaltung vorgelegt, die keinesfalls akzeptabel ist. Dort heißt es lapidar: „Bereits 2001 wurde für diesen Standort eine Akzeptanzuntersuchung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass kein ausreichendes Interesse für einen kostenpflichtigen Stellplatz in einer Quartiersgarage in diesem Gebiet vorhanden ist. Kurzzeitparker, wie es die Kunden der umliegenden Geschäfte sind, nutzen in der Regel die Kurzzeitstellplätze im öffentlichen Straßenland, sie sind kein Klientel für eine Tiefgarage.“

Die Antwort ist deswegen nicht akzeptabel, weil sie sich zum einen auf eine zwölf Jahre zurückliegende Akzeptanzuntersuchung beruft und zum anderen, weil in den Jahren 2006 und 2007 ein Komplettumbau

des Höninger Weg stattgefunden hat, der völlig neue Bedingungen für die Verkehrsteilnehmer mit sich brachte. Eine schöne Straße ist nicht immer eine sichere Straße. Und so zeigte sich, dass der Höninger Weg nach dem Umbau an verschiedenen Stellen Unfallschwerpunkte hat, welche in einem Fall auch ein Todesopfer forderte.

Weiterhin ist an der Mitteilung nicht akzeptabel, dass man für diese Mitteilung, die selbst als Antwort auf eine Anfrage mangelhaft wäre, fünf Monate gebraucht hat. Der

Prüfauftrag wurde von der Bezirksvertretung einstimmig beschlossen und ist durchzuführen. Auf diese Durchführung habe ich bestanden.

Berthold Bronisz

■ Kalk

Freier Zugang zum Rather See

Der Rather See, auch Neubrücker Baggerloch genannt, wird seit Jahren von den Einwohnerinnen und Einwohnern als Naherholungsgebiet genutzt. Jetzt, da die kommerzielle Auskiesung beendet ist, besteht endlich die Möglichkeit, diese Nutzung zu legalisieren, den See für alle zugänglich zu machen und richtige Naturschutz-Zonen einzurichten.

Stattdessen soll nun nach dem Willen der Stadt und des privaten Eigentümers der See kommerzialisiert werden. Eine winzige Ecke des Sees wird zu einem kostenpflichtigen Strand werden, während drei Wasserskibahnen den Großteil des Sees für sich beanspruchen und der Rest für die Öffentlichkeit gesperrt wird.

Die AG Rather See der NaturfreundInnen Kalk fordert den sofortigen Stopp aller diesbezüglichen Maßnahmen und eine Revidierung der entsprechenden Entscheidungen in den zuständigen städtischen Organen! Der Rather See muss frei zugänglich gemacht werden. Die AG will ein Naherholungsgebiet für alle Einwohnerinnen und Einwohner erstreiten. Ohne Behinderung durch Wasserski-Aktivitäten, ohne Eintrittspreise und Öffnungszeiten.

Der Rather See ist ein Naherholungsparadies. Das ganze Jahr hindurch nutzen Menschen aller Einkommensklassen mit und ohne deutschen Pass den See zum Spazierengehen, Hunde ausführen, Nacktbaden, angezogen Baden, Grillen, Musikmachen, Feiern, Angeln, Entspannen. Trotz der Lage nahe der Autobahn und in der Einflugschneise des Flughafens hört man hier die Vögel zwitschern und kann für einen Moment vergessen mitten in der Stadt zu sein.

Die AG schlägt vor, dass mindestens 3/4 des Sees gut zugänglich gemacht und als Badebereiche deklariert werden. Daneben sollen abgesperrte Naturschutzzonen am Ufer eingerichtet werden. Der Rundweg um den See muss erhalten bleiben. Entlang des Weges und am Badebereich müssen Mülleimer aufgestellt werden, die von der AWB geleert werden. Der Angelsportverein Rath-Heumar von 1974 soll sein Recht der Gewässerbewirtschaftung in vollem Umfang behalten.

Eine entsprechende Petition kann man hier unterstützen
<https://www.openpetition.de/petition/online/freier-zugang-fuer-alle-zum-rather-see-und-keine-wasserski-anlage>

HP Fischer

■ Rodenkirchen

Brückensanierung am Leichweg in Zollstock

Die Fußgängerüberführung über den Militärring am Leichweg soll im September saniert werden. 1964 fertiggestellt ist sie mit ihren 49 Jahren schon in die Jahre gekommen. Bei der letzten Überprüfung der Brücke im Jahr 2010 wurden teils massive Schäden festgestellt, die eine Sanierung erforderlich machen. So ist nicht nur sehr viel Beton abgeplatzt, in Folge dessen liegt auch der Stahl im Inneren frei und rostet. Die etwa zehn Wochen dauernden Sanierungsarbeiten, die aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendig sind, kosten über 250.000 Euro und werden auch für kleine Unbequemlichkeiten sorgen. Denn während der Sanierungsmaßnahme, bei der auch das Geländer abgebaut und durch ein neues ersetzt wird, bleibt die Fußgängerbrücke gesperrt. Deswegen muss in der Zeit ein Umweg zur Kreuzung Brühlerstraße und Militärring in Kauf genommen werden.

Eine berechtigte Kritik an der Sanierungsmaßnahme lautet, dass bei Kosten von über 250.000 Euro die Barrierefreiheit fehlt. Mit einer Steigung von 14 % ist die Brücke sehr steil und wird für mobilitätseingeschränkte Menschen, z.B. Rollstuhlfahrer, wie auch für ältere Menschen sehr schnell zur Herausforderung. Aus dieser Sicht erscheint eine Diskussion über eine Unterführung oder eine Ampellösung an Stelle einer Brücke notwendig.

Berthold Bronisz

Aus den Ausschüssen

■ Schule und Weiterbildung

Ganztag: Eitel Sonnenschein?

Dass die Ganztagsangebote an den Kölner Schulen erhebliche Mängel in Bezug auf die Qualität der pädagogischen Arbeit, die personelle und die sachliche Ausstattung aufweisen, ist allgemein bekannt. Die Initiative „Köln kann auch anders“ hat dies bereits 2011 in einem umfassenden Dossier aufgezeigt. Jetzt hat die Kölner Linksfraktion die damals benannten und im wesentlichen fortbestehenden Mängel durch eine Anfrage im Schulausschuss zur Sprache gebracht.

Die Antwort der Schulverwaltung liest sich so, als herrsche im Kölner Ganztagsangebot eitel Sonnenschein und alles sei in bester Ordnung. Erst auf explizite Nachfrage räumte die Schuldezernentin ein, dass es einige wenige Probleme gebe, und zwar in Bezug auf die Knappheit der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten. Kein Wort aber zu vielfach unzulänglich qualifiziertem und miserabelst bezahltem Personal, zu Minderausstattung, zum verbreiteten Fehlen einer Verzahnung von Unterricht und Ganztagsbetreuung, zu der Tatsache, dass durch die Freiwilligkeit der Teilnahme gerade die betreuungs- und förderungsbedürftigsten Kinder außen vor bleiben.

Wenn diese massiven Probleme in der Schulverwaltung so deutlich ignoriert werden, ist kaum damit zu rechnen, dass ernsthafte Schritte zur Lösung entwickelt und vollzogen werden. Es ist klar, dass ein großer Teil der Mängel auf der Unterfinanzierung des Ganztagsprogramms beruht - aber eben auch nur ein Teil. Hier sind Kreativität, Flexibilität und der Mut zu unkonventionellen Maßnahmen gefragt, nicht aber Verdrängung und Schönfärberei.

Oswald Pannes

■ Jugendhilfe

Wurschtigkeit im Amt

Im Juni dieses Jahres wurde bekannt, dass in den geschlossenen Heimen der Haasenburg GmbH in Brandenburg schockierende Praktiken an der Tagesordnung sind. Die Vorwürfe reichen von brutalen körperlichen Disziplinierungsmaßnahmen und wochenlangem Isolieren bis zu genereller permanenter Beobachtung der Jugendlichen, selbst beim Duschen oder beim Toilettengang. Die Untersuchungen der Landesregierung bestätigten die Vorwürfe im Wesentlichen, so dass zwei der drei Heime geschlossen wurden.

Aus Bremen werden schon seit 2011 keine Kinder und Jugendlichen mehr in die

Haasenburg-Heime geschickt. Die Kölner Jugendverwaltung hingegen sieht offenbar keinen Handlungsbedarf. Auf eine Anfrage der LINKEN wurde zwar eingeräumt, dass zwei Kölner Jugendliche in einem Haasenburg-Heim untergebracht sind, es gebe aber „keine Veranlassung, eine Gefährdung der beiden Kinder zu vermuten.“ (aus der Niederschrift über die Jugendhilfeausschusssitzung vom 09.07.2013)

Auf erneutes Befragen musste jetzt, zwei Monate später, der zuständige Mitarbeiter des Kölner Jugendamts eingestehen, dass er nicht weiß, ob die beiden Kinder noch in dem Haasenburg-Heim untergebracht sind. DIE LINKE meint: Verantwortungsgerechte Fürsorge sieht anders aus.

Oswald Pannes

■ Jugendhilfe

Konflikte um die Tagespflege

Obwohl die Stadt sich auf der Erfolgsspur beim Ausbau von Tagesbetreuung für Unter-Dreijährige wähnt, ist nicht alles so rosig, wie Jugenddezernentin Klein darstellt. Für viele Eltern gibt es trotz Rechtsanspruch keinen Kitaplatz. Aktuell gehen auch Tagespflegepersonen auf die Barrikaden, die bis vor kurzem noch händierend von der Stadt gesucht wurden.

Bis zum Eintreten des Rechtsanspruches ab August sollte für rund 40 % der Unter-Dreijährigen ein Platz (ca. 11.933) bereitstehen, davon rund 70 % in Kitas. Abgesehen davon, dass für Großstädte ein weit aus höherer Bedarf von bis zu 60 % Plätzen prognostiziert wurde, sind die Wartelisten für Kitas nach wie vor lang, während rund 700 Plätze bei Tagesmüttern unbesetzt sind. Grund dafür sind die hohen, über reguläre Elternbeiträge hinausgehenden Zusatzbeiträge, die viele Tageseltern erheben müssen, um über die Runden zu kommen. Diese sollen nun verboten werden, während zugleich das Entgelt pro Kind/Std. von 3,50 auf 5 Euro angehoben werden soll in der Annahme, dass drei bis fünf Kinder zu betreuen sind.

Die Linksfraktion befürwortet diesen Regelungsvorschlag, um dem Wildwuchs an Zusatzbeiträgen zu unterbinden. Auch Eltern mit geringem Einkommen müssen Zugang zur Tagespflege haben, die wir gleichwohl kritisch sehen, weil sie keine guten Kitas mit qualifiziertem Personal ersetzen können. Zugleich ist vor allem das Land mit einer landesweiten Regelung gefragt: Ein Flickenteppich in der Entlohnung von Tagespflege, je nachdem wie arm eine Kommune ist, darf keine Lösung sein.

Dr. Carolin Butterwegge

■ Allg. Verwaltung und Rechtsfragen

Datensicherheit bei der Stadt Köln

Über das stadteigene Unternehmen Net-Cologne betreibt die Stadt die Seiten koe.n.de, cologne.de und stadt-koeln.de sowie Mailserver. Die Benutzung dieser Seiten und das Versenden von Mails werden, wie das gesamte Internet, vom britischen und US-amerikanischen Geheimdienst überwacht. Auch wenn es vielleicht keine sensible Information ist, ob jemand eine bestimmte Seite bei der Stadt aufruft, so ist die Summe dieser Informationen höchst problematisch. Die flächendeckende Überwachung aller Internetaktivität ermöglicht das Erstellen eines detaillierten Nutzerprofils.

So fragten wir nach, inwieweit die Stadt Köln bei der Übertragung von Internetseiten und im Mailverkehr allgemein verfügbare Verschlüsselungen einsetzt und wie der Sicherheitsstandard erhöht werden kann. Im Einflussbereich der Stadt Köln sollte Verschlüsselung zum Standard werden, um einen Beitrag zum Schutz der Privatsphäre der Nutzer zu leisten.

Auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar verlangt von der Politik, die Verschlüsselung digitaler Kommunikation aktiv zu fördern. Eine weitverbreitete Verschlüsselung verhindert die massenhafte Durchsichtung von Kommunikationsdaten. Eine Entschlüsselung und damit Überwachung werde dann aufgrund des Aufwandes auf tatsächliche Verdachtsfälle begrenzt.

Die Verwaltung hat bislang einen Teil der Anfrage beantwortet. Die Antworten sind unter www.linksfraktion-koeln.de zu lesen.

Jörg Detjen

■ Liegenschaften

Kolbhalle: Verwaltung verschweigt wichtige Richtlinie

Zur Sitzung des Liegenschaftsausschusses teilte die Verwaltung mit, dass NRW.Urban sich an die Stadt Köln gewandt habe, um hinsichtlich eines Kaufangebotes des Mietervereins „Wir selbst e. V.“ die Zustimmung der Stadt einzuholen. Die Verwaltung lehnt diesen Verkauf bislang ab.

Die Bewohner des Kolbgeländes leben und arbeiten seit 25 Jahren dort. Sie müssen eine faire Chance erhalten, das Gelände zu kaufen. Der Rat hat beschlossen, dass das Gelände für Wohnen und Kulturwirtschaft genutzt werden soll. Warum nicht mit den Menschen, die dort seit Jahren wohnen und Kunstwerke schaffen?

In Bezug auf das Kolbgelände haben die Richtlinien für den Grundstücksfonds NRW von 1987 Gültigkeit, erlassen vom Landesministerium für Stadtentwicklung,

Wohnen und Verkehr. Der mit Landesmitteln ausgestattete Fonds hat als Zweck, Gewerbe-, Industrie- und Verkehrsbranchen zu erschließen und stadtentwicklungspolitischen Zielen zuzuführen.

Der Grundstücksfonds NRW wird auf Antrag einer Kommune tätig und folgt in Erwerb, Erschließung und Verkauf den Zielsetzungen, die durch die jeweilige Kommune vorgegeben werden. Der Fond war ursprünglich bei der LEG angesiedelt, seine Bestände werden nun von der NRW.Urban verwaltet.

Diese Richtlinien werden von der Verwaltung in der Mitteilung angesprochen. Sie waren jedoch, wie in der Ausschusssitzung deutlich wurde, bislang weder der für Liegenschaften zuständigen Wirtschaftsdirektorin Berg bekannt, noch den Mitgliedern des Ausschusses. DIE LINKE forderte aufgrund der neuen Informationen eine Vertagung des Tagesordnungspunktes, die jedoch abgelehnt wurde.

Die Verwaltung hat sich in den letzten Monaten immer wieder hinter NRW.Urban als Eigentümer versteckt und sich als einflusslosen Mittler dargestellt. Die Realität ist eine andere. Die Richtlinien des Grundstücksfonds NRW geben der Stadt großen Einfluss auf die Zukunft des Kolbgeländes. Die Stadt muss diesen Einfluss nun fair und verantwortungsvoll nutzen.

Jörg Detjen

■ Kunst und Kultur

Nicht ohne öffentliche Diskussion!

Im Zuge der Überarbeitung des Theaterförderkonzeptes sind erste Überlegungen zur Schaffung eines Produktionszentrums für Theater in Köln angestellt worden. Ein solches Zentrum würde freien Theatergruppen Räume, Bühnentechnik und eventuell Fachpersonal zur Verfügung stellen, um Theaterproduktionen zu erstellen. Es dürfte die bisherige direkte Förderung freier Theater und von Theaterprojekten zumindest teilweise ersetzen.

Produktionszentren für die freie Theaterszene gibt es bereits in mehreren Städten. Teilweise haben sich dort positive Effekte für Gruppen ergeben, die gerne spartenübergreifend arbeiten. Auch die überregionale Vernetzung mit anderen Zentren kann durchaus innovativ sein. Andererseits kann das Produktionszentrum auch zur Zerstörung vorhandener Strukturen in der Kölner Szene und zur Verdrängung kleinerer Theater und freier Gruppen führen.

Wir haben in unserer Stadt eine überaus vielschichtige bunte und kreative freie Theaterszene, die wir nach Kräften unterstützen sollten. Eine Verdrängung von Teilen dieser Szene wäre fatal. Eine Anfrage der LINKEN ergab, dass eine kurzfristige Realisierung eines Produktionszentrums mangels finanzieller Mittel nicht möglich ist. Es bleibt also ausreichend Zeit für aus-

fühliche Diskussionen im Kulturausschuss als auch mit den Kulturschaffenden der freien Theaterszene. Dies haben wir bei der vergangenen Ausschusssitzung auch klar und deutlich eingefordert und damit die „Überlegungen“ ans Licht der Öffentlichkeit geholt.

Monika Ruiten

■ Sport

Beleuchtete Joggingstrecke rechtsrheinisch vertagt

Zur Sportausschusssitzung hatte DIE LINKE einen Antrag eingebracht, die Einrichtung einer beleuchteten Joggingstrecke auf den Poller Wiesen zu prüfen, nachdem die Variante durch den Stadtwald am Ruhebedürfnis eines Waldohreulenspaars gescheitert war. Damit die bisher für das Projekt eingegangenen Spenden nicht verfallen, plädierten wir für eine spendenfinanzierte, bürgernahe und kostengünstigere rechtsrheinische Variante auf den Poller Wiesen (Platzjabbeck Nr. 5 im Juli 2013 berichtete). Nun wurde unser Antrag auf die nächste Sitzung verschoben, damit die Verwaltung noch einmal eine geänderte Streckenführung durch den Stadtwald prüfen kann. Ob das Waldohreulenspaar sich an dabei einzurichtende Flugverbotszonen halten wird, konnten wir nicht vorab in Erfahrung bringen.

Zur politischen Einschätzung: CDU und FDP neigen zu einer Stadtwald oder Gar-Nicht-Lösung, die Grünen hielten sich sehr zurück, während die SPD Verständnis für unseren Antrag zeigte.

Achim Schulz

■ Umwelt

Rotblühende Kastanien kamen mit Bakterien

Seit etwa Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wird in Deutschland vermehrt ein Absterben von Rosskastanien im öffentlichen Grün beobachtet. Betroffen sind vor allem ältere Bäume in Alleen und Parks. Die Krankheitssymptome sind vielfältig. Die Kronen sind oft schütter oder weisen einseitiges Absterben auf. Als Ursache des Kastaniensterbens wird derzeit vor allem ein Bakterium verantwortlich gemacht.

Genau die oben genannten Krankheitssymptome habe ich an jungen Neubrücker Kastanien erkannt und im Umweltausschuss nachgefragt. Tatsächlich wurde mir bestätigt, dass die Bäume mit dem Bakterium befallen sind.

Da vorher am Standort keine Rosskastanien gestanden haben, ist der Verdacht auf infizierte Pflanzware gegeben, allerdings nach 4 Jahren nicht mehr juristisch belegbar. Trotzdem will die Verwaltung mit der Baumschule reden und eventuell einen Kulanzfall erzeugen. Ich rate der Stadt jeden-

falls von dieser Baumschule lieber kein, als verwehtes Pflanzenmaterial zu beziehen.

Im Übrigen will die Stadt versuchen, Bäume ohne Schadbild so lange wie möglich zu erhalten. Ein großer Teil der Bäume muss jedoch ersetzt werden. Eine Ersatzpflanzung mit der gleichen Baumart wird nach der Infektion des Standortes nicht mehr möglich sein.

HP Fischer

■ Soziales

Mietzahlungen für Erwerbslose oft zu niedrig

Über ein Jahr nachdem die Verwaltung auf mehrfache An- und Nachfragen der Fraktion DIE LINKE endlich die rechtswidrige Anwendung der Angemessenheitsgrenze bei den so genannten Kosten der Unterkunft zugab, liegen die Zahlen der Nachbewilligungen vor. Empfänger nach dem SGB XII bekamen durchschnittlich 221,83 Euro und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II durchschnittlich 645,78 Euro, also fast zwei Regelsätze, nachbewilligt. Bei 685 SGB II- und 710 SGB XII-Nachzahlungsfällen summiert sich diese Nachbewilligung auf insgesamt 624.268,17 Euro.

Das ständige Nachhaken der LINKEN bei der Sozialverwaltung hat sich ausgezahlt. Die Summen zeigen, dass Menschen, die jeden Euro einzeln runddrehen müssen, über Jahre hinweg mit viel zu wenig Geld abgespeist wurden. Die Stadt Köln hatte über Jahre die Angemessenheit der Größe von Wohnungen entgegen der höchststrichterlichen Rechtsprechung festgesetzt und nicht die sog. WNB-Richtlinien zu Grunde gelegt, sondern niedrigere Werte. Man gestand z.B. einem Single lediglich 45 qm zu, während er Anspruch auf 50 qm gehabt hat. Die Mietdifferenz war aus eigener Tasche zu zahlen.

Auf Anfragen und Nachfragen der Linksfraktion hatte die Verwaltung schließlich im August 2012 nicht nur die Rechtsauffassung der Fraktion DIE LINKE bestätigt, sondern in der Oktobersitzung auch mitgeteilt, dass sie das Ziel habe, alle in Frage kommenden Leistungsfälle im SGB II und SGB XII von Amts wegen zu prüfen und gegebenenfalls nach zu bewilligen.

Das Ergebnis bestärkt uns darin, uns weiter für die Belange der sozial und finanziell Benachteiligten einzusetzen. Hier zahlt es sich in barer Münze aus.

Gisela Stahlhofen



Dezentrale Unterbringung statt Massenunterkunft Köln verstößt gegen seine flüchtlingspolitischen Leitlinien

Seit Jahren reichen die bestehenden Flüchtlingsunterkünfte nicht aus. Das Sozialdezernat kann dieses Problem nicht alleine lösen. Die gesamte Stadtverwaltung hat versäumt es anzugehen. Nun wird die Verwaltung davon überrascht, dass Menschen aus Syrien vor dem Bürgerkrieg fliehen. Jetzt hat der Oberbürgermeister die Verwaltung mit der Einrichtung einer „Task-Force“ beauftragt, die die schwierige Unterbringungssituation für Flüchtlinge in Köln verbessern soll.

Bereits vor zwei Jahren hatte die Verwaltung erklärt, dass sie die Kölner Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen nicht einhalten könne. Sie gehen von maximal 50-80 Plätzen pro Wohnheim aus. Nun setzt sie auf die Einrichtung von Massenunterkünften statt dezentraler Unterbringung. DIE LINKE hatte diesen Beschluss scharf kritisiert.

Seitdem hat die Stadt nichts an diesem Problem geändert und sieht sich nun – zwei Jahre später – in der Situation, das Flüchtlingsheim in der Herkulesstraße massiv ausbauen zu müssen.

Die „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln“ stellen fest, dass „die Bereitstellung von individuell angemessenem und richtigem Wohnraum zum Abbau von Konflikten innerhalb und außerhalb der Heime führt“. DIE LINKE fordert daher die Rückkehr zur dezentralen Unterbringung.

Es bedarf hierzu eines mittelfristigen Konzeptes mit klaren zeitlichen Vorgaben um eine dauerhafte Lösung mit angemessenen, dezentralen Unterkünften zu schaffen. Ein kurzfristiges Programm muss die aktuelle Situation entschärfen. Dazu könnten zunächst auf ungenutzten städtischen Flächen flexible Wohnmodule verwendet werden, wie sie die Stadt Freiburg bereits eingesetzt hat.

Die Stadt muss jetzt alle Kräfte bündeln und alle relevanten Ämter in die Problemlösung einbeziehen. Auch die Fraktionen müssen eingebunden werden. Eine breite Zusammenarbeit ist nötig, um für die Menschen, die bei uns in Köln Schutz suchen, schnell menschenwürdige Unterkünfte zu schaffen.

Jörg Detjen

Solidarität mit Inge Hanemann

„Wenn Ihnen Ihr Hausmeister erklärt, dass Sie einen Wasserrohrschaden im Keller haben, ist es am vernünftigsten, den Hausmeister zu erschießen!“ Mit diesem ironischen Vergleich charakterisierte kürzlich der schätzenswerte Kabarettist Max Uthoff den Umgang der Bundesagentur für Arbeit mit Inge Hanemann.

Die langjährige Mitarbeiterin des Jobcenters Hamburg-Altona hat nicht nur Missstände innerhalb ihrer Behörde öffentlich gemacht, sondern das ganze Hartz-IV-System in Frage gestellt. Nachdem sie dafür im April 2013 von ihrem Arbeitgeber freigestellt und mit Hausverbot belegt wurde, erfährt sie bundesweit Solidarität. So war es kaum verwunderlich, dass das Kölner Naturfreundehaus am 23.7. aus allen Nähten platzte, als Inge Hanemann auf Einladung der Linken Erwerbslosenorganisation (L.E.O.) referierte. Rund hundert Gäste drängten auf die von den Europäischen Märschen gegen Erwerbslosigkeit und der Kölner Linkspartei mitveranstalteten Podiumsdiskussion.

Thematisiert wurden neben „toten, geschädigten und geschändeten Hartz-IV-Beziehern“ eben auch „dauerkrankgeschriebene, frustrierte und hirngewaschene Jobcenter-Mitarbeiter“. Allesamt Opfer eines perfiden Systems, in das auch Inge Hanemann eingebunden war und an dem sie berechtigte Kritik übt. Nachdem ihre Kontaktversuche zu Team-, Standort- und Behördenleitung konsequent ignoriert wurden, veröffentlichte sie Anfang des Jahres in ihrem Internet-Blog ihren berühmt gewordenen Brandbrief.

Die von ihr benannten Verfehlungen der Schröderschen Arbeitsmarktpolitik und Sozialgesetzgebung sind natürlich nicht neu. Engagierte Aktivisten, Sozialberater und Erwerbsloseninitiativen weisen seit nunmehr zehn Jahren auf entsprechende Missstände hin und diese auch nach. Es ist hinlänglich belegt, dass es niemals um „bedauernde Einzelfälle“, sondern um durchgängig repressive Strukturen und Mechanismen geht.

Inge Hanemann verweist auf die Arbeitshilfen, Handlungsanweisungen und Durchführungsbestimmungen der Behörden, die geeignet sind, entsprechende Drohkulissen zu errichten. Es gebe innerhalb der Jobcenter klare Vorgaben, diese Erpressungsinstrumente konsequent zur Anwendung zu bringen, die „Kundschaft“ gefügig zu machen. Neben den nicht erfüllbaren Vermittlungsquoten (Vorgabe Hamburg 25 %, reale Vermittlung 2,6 %) gebe es auch Sanktionsquoten, die das Beratungsklima sukzessive vergiften. Bekanntermaßen überstieg die Zahl der verhängten Sanktionen - also der Kürzungen des ohnehin zu geringen Regelsatzes - im vergangenen Jahr erstmals die Millionengrenze

(Quelle: BA, Dezember 2012).

Das alles müsste nicht sein, wie Hanemann darlegt, wenn die Jobcenter-Mitarbeiter ihre Ermessensspielräume konstruktiv ausnutzen und positiv auf die Erwerbslosen eingehen würden. Sie könnten kreativ werden, die freie Förderung ausschöpfen, etc. Dass dies nur in geringem Maße ge-



Auf der Kölner Veranstaltung verweist Inge Hanemann auf die Arbeitshilfen, Handlungsanweisungen und Durchführungsbestimmungen der Behörden, die geeignet sind, entsprechende Drohkulissen zu errichten.

schieht, liegt u.a. an der Befristung der Mitarbeiter, an mangelnder Qualifizierung und ominösen Rankings in den Agenturen und Jobcentern, die durch die Bereichsleiter der Regionaldirektionen ausgewertet werden („Fehler im System“). Mit harschen Worten verurteilt Hanemann auch die penetranten Versuche vieler Zeitarbeitsfirmen, durch plumpe Denunzierungen Druck auf vermeintlich Arbeitsunwillige auszuüben (Vermittlungsprämien, Datenmissbrauch, Lohndumping). Ihre Ausführungen münden in einen Appell an Verantwortung und Menschlichkeit, der sich aus Demut und Respekt den arbeitssuchenden Mitmenschen gegenüber speist. Diesen mit der Vernichtung ihrer Existenz zu drohen, stellt keine gesunde Grundlage dar.

Inge Hanemann schließt mit einem Appell an ihre Kolleginnen:

„Die Erwerbslosen haben ein Recht auf Leben, so wie wir es auch für uns beanspruchen. Es gibt und darf keine Differenzierung zwischen den Schreibtischseiten geben. Auch wir können morgen Betroffene sein [...] Wir sind für unser Handeln und für unsere Gefühle selbst verantwortlich. Wären wir es nicht, wären wir Maschinen.“

Michael Scheffer

Das konservative Lager siegt.

Bundestagswahl: Kölner LINKE erzielen gutes Ergebnis

Die CDU hat mit 41,5 % die absolute Mehrheit knapp verpasst. Aber da gibt es noch die FDP mit 4,8 % und die AfD mit 4,7 %, macht zusammen 51 % für das bürgerlich-konservative Lager. Das erzielt damit 3 % mehr als 2009. Wenn die national und liberalen Parteien beide in den Bundestag eingezogen wären, wäre die Hegemonie unübersehbar.

In einer Wahlanalyse schreibt Horst Kahrs in einer Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

„Das bürgerliche Lager lag damit zum zweiten Mal hintereinander wieder deutlich vor dem ‚linken‘ Lager, es scheint keine ‚strukturelle linke Mehrheit‘, wie sie sich seit 1994 abzeichnete, mehr zu geben.“ Das heißt aber auch, dass sich das nationalliberale Lager außerhalb des Parlaments neu formieren kann und es bleibt abzuwarten, ob sich rechtsextreme Kräfte daran beteiligen. Bei den Wählerwanderungen fällt auf, dass die AfD nicht nur der CDU und FDP 750 000 Stimmen abgenommen hat, sondern sogar dem linken Lager 640 000 Stimmen – davon alleine 360 000 von den LINKEN – abspenstig machen konnte.

Dazu trägt bei, dass das soziale und politische Engagement der armen Menschen weiterhin viel zu gering ist. Das hat sich auch bei den Wahlen niedergeschlagen. Die Wahlbeteiligung ist nur geringfügig gestiegen. Die Parlamentsparteien vertreten lediglich 59,5 % der Wahlberechtigten; die Gruppe der Nichtwähler verfestigte sich bei 28,5 %.

Auch wenn DIE LINKE ein achtbares Wahlergebnis erzielte und drittstärkste Partei vor den Grünen und der CSU geworden ist, wird es schwer werden, die Oppositionsführerschaft erfolgreich auszuüben, wenn die gewerkschaftlichen und politischen Bewegungen nicht stärker werden. Werden die Gewerkschaften einer großen Koalition

die Stirn bieten? Man wird sehen. Anhaltspunkte gibt es dafür nicht.

Die CDU hat in NRW 600 000 Stimmen dazu gewonnen und in Köln 12 000 Stimmen. In Köln hat die SPD zwar 5000 Stimmen dazu gewonnen, die Grünen dagegen 23 000 Stimmen verloren.

Die Kölner LINKE hat mit 42 043 zwar zweitausend Stimmen verloren, aber faktisch an dem sehr guten Ergebnis von 2009 mit 8,1 % (9,0) anknüpfen können. Im Stadtbezirk Innenstadt konnte sie sogar 600 Stimmen dazu gewinnen und im Stadtviertel Ehrenfeld mit dem sehr guten Ergebnis von 10,7 % auch absolut 200 Stimmen gut machen. Michael Weisenstein holte in seinem Wahlkreis 9,2 % Zweitstimmen und erzielte damit das beste Ergebnis in ganz NRW für DIE LINKE. Matthias W. Birkwald erzielte in seinem Wahlkreis als einziger in NRW absolut mehr Zweit-Stimmen als 2009.

DIE LINKE in Köln hat Wählerinnen und Wähler aus dem kritischen, urbanen Mittelschicht-Milieus dazugewinnen können. Das zeigen die absoluten Stimmzugewinne in der Kölner Innenstadt und in Lindenthal. Die Wahlanalyse der Stadt Köln weist darauf hin, dass bei den Wählerwanderungen DIE LINKE 5200 Stimmen von den Grünen und 200 von der FDP erhalten hat. Anders als bei der Landtagswahl 2012 hat DIE LINKE diesmal 5300 Stimmen an die SPD abgegeben (LTW 2012: 1800 Stimmen Zugewinn) und an die Nichtwähler 1000 Stimmen verloren (LTW 2012: 6200 Stimmen Zugewinn). Absolute Stimmenverluste gegenüber der letzten Bundestagswahl gab es in den Stadtbezirken Chorweiler, Porz, Mülheim und Kalk. Es gibt noch viel zu tun bis zur Kommunalwahl im Mai 2013.

Jörg Detjen

Kölner Schwimmangebote müssen attraktiver werden

In diesem Sommer sind mehrere Menschen, darunter Kinder, im Rhein zu Tode gekommen. Die Stadt warnt zwar zu Recht vor dem Schwimmen im Rhein, aber darauf allein können sich die Gegenmaßnahmen nicht beschränken.

Im Jahr 1911 kam es zu rund 100 Todesfällen durch Ertrinken in Köln. Diese tragischen Ereignisse haben damals die Errichtung der Kölner Schwimmbäder forciert. In der Diskussion über das Rheinschwimmen sollten wir aus der Geschichte lernen. Das Schwimmen im Rhein war schon immer gefährlich und wird in Zukunft wegen des wachsenden Schiffsverkehrs noch gefährlicher werden.

Für die nächste Badesaison brauchen wir eine schnelle Lösung, z.B. über eine Gebührensenkung in den Sommerferien oder die Einführung einer Ferienkarte für Kinder und Jugendliche. Wir brauchen aber auch langfristige Lösungen. Wenn im Zuge der Regional- und Verkehrsplanung der Schiffsverkehrsverkehr noch weiter ausgebaut wird, nehmen auch die unberechenbaren Strömungen zu. Deshalb muss der Rat überlegen, ob er den Kölnerinnen und Kölnern ein attraktives Freizeitangebot in Rheinnähe schaffen kann. Wenn sich das als machbar und finanzierbar erweist, wäre das eine sichere Alternative.

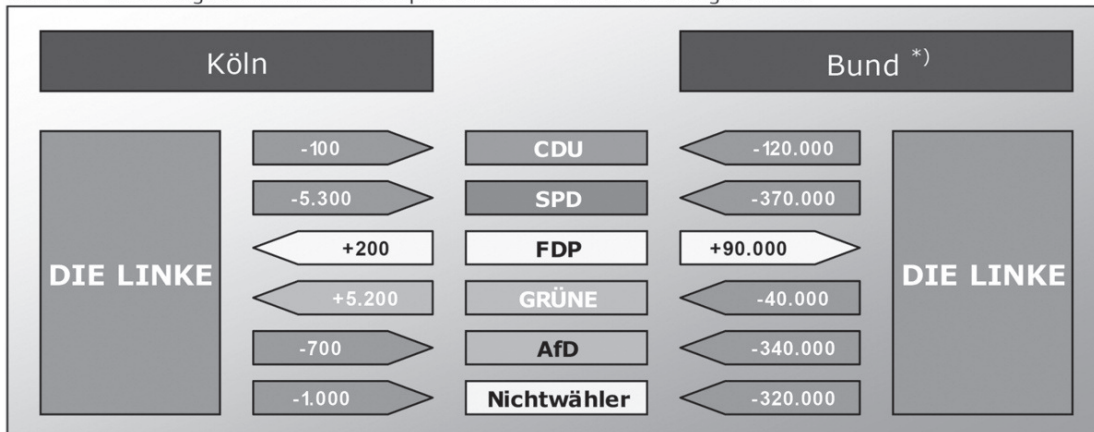
Das Angebot der Kölner Schwimmbäder ist nicht attraktiv genug. Als die Bäder in Nippes und Weiden geschlossen werden sollten, hat DIE LINKE darauf hingewiesen, dass die Kölner Bäderlandschaft ausgebaut werden müsste. Durch die Schließung und Renovierung des Rodenkirchener Bades stehen heute noch weniger Bäder zur Verfügung. Das Naturfreibad Vingst ist zu selten geöffnet. Im geplanten Badebetrieb am Rather See wird

die verfügbare Badefläche zugunsten von Wasserskibahnen immer weiter verkleinert.

DIE LINKE möchte dem entgegensteuern, das städtische Badeangebot ausbauen und preiswerter machen.

Jörg Detjen,
Claus Ludwig

Grafik 4e Bundestagswahl in Köln am 22. September 2013 – Wählerwanderung DIE LINKE



Quelle: Infratest dimap (wahl.tagesschau.de, 24.09.2013)

Platzjabbek

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbek“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen



Wir trauern um Helga Humbach

Über viele Jahre hatten wir mit Helga Humbach eine konstruktive, aufmerksame und kritische Begleiterin linker Politik in Köln.

Für DIE LINKE war sie einige Jahre in der Bezirksvertretung Ehrenfeld, von 2004 bis 2009 war sie für den Rat der Stadt Köln im Aufsichtsrat der GEW AG und bis zum Schluss Vertreterin der Fraktion DIE LINKE in der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik und der Seniorenvertretung Ehrenfeld.

Sie war eine engagierte Kämpferin für soziale Gerechtigkeit und eine Utopie des Sozialismus. Aus einer antifaschistischen Grundhaltung heraus setzte sie sich für Frieden und Menschenrechte ein. Über ihre großen Ziele vergaß sie nie echtes Interesse für ihr Gegenüber und ein menschliches Miteinander. Ihr kluger Rat wird uns fehlen.

Fraktion DIE LINKE

DIE LINKE begrüßt den Erhalt des Autonomen Zentrums

Die in den letzten Monaten zum Teil hitzig geführte Debatte um den Erhalt des Autonomen Zentrums (AZ) hat ein gutes Ende genommen. Das AZ ist erhalten geblieben, allerdings nicht in Kalk. Die Besetzer haben einen Ersatzstandort am Eifelwall akzeptiert und sind inzwischen umgezogen.

Mit dem nun geschlossenen Kompromiss ist das wichtigste Ziel erreicht, nämlich die Erhaltung des AZ als Ort für autonome Kultur. Menschen aus dem AZ-Umfeld, Prominente und weitere Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt haben auf friedliche Weise zivilgesellschaftlichen Druck aufgebaut, der Früchte getragen hat.

Doch der Verlust für Kalk ist groß. Die Verdrängung des AZ aus dem Stadtteil ist besorgniserregend, steht sie doch in einer Reihe von Maßnahmen, die Kalk zu einem Wohnviertel für höhere Einkommensgruppen gestalten sollen. Auch und gerade in Kalk muss es selbstverwaltete Räume geben.

Es zeigt sich, dass gemeinsame Gespräche und Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten sich ausgezahlt haben. Nun müssen alle Beteiligten darauf achten, den Dialog aufrecht zu erhalten, damit 2018 AZ, Rat, Verwaltung und Stadtgesellschaft nicht vor den gleichen Problemen und Konflikten stehen wie in diesem Jahr. Auch sollten die Bemühungen um eine Alternative für die Notschlafstelle des Sozialdienstes Katholischer Männer weiter aufrechterhalten werden.

Peter Heumann, HP Fischer,
Gisela Stahlhofen



Termine ...

AK Gesundheit + Behindertenpolitik

Mo, 7.10., 17-19 Uhr

AK Umwelt

Di, 8.10., 17-19 Uhr

AK Soziales/Hartz IV

Do, 10.10., 18-20 Uhr

AK Integration

Do, 10.10., 19-21 Uhr

AK Kunst, Kultur, Medien

Do, 31.10., 18-20 Uhr

AK Umwelt

Mo, 4.11., 17-19 Uhr

AK Jugend und Schule

Do, 7.11., 20-22 Uhr

Alle Termine finden, soweit nicht anders angegeben, in den Räumen der Fraktion statt.

AK StEA

Di, 12.11., 16.30-18.30 Uhr

AK Integration

Do, 21.11., 19-21 Uhr

AK Kunst, Kultur, Medien

Do, 28.11., 18-20 Uhr

AK Jugend und Schule

Do, 28.11., 20-22 Uhr

AK Umwelt

Mo, 2.12., 17-19 Uhr

AK Gesundheit + Behindertenpolitik

Do, 5.12., 18-20 Uhr

AK StEA

Di, 10.12., 16.30-18.30 Uhr

AK Soziales/Hartz IV

Do, 12.12., 18-20 Uhr



Wir drucken auf Recycling-Papier mit einem RISO-Printer mit umweltfreundlicher Farbe auf Soja-Öl-Basis. Die RISO-Printer entwickeln beim Druckprozess keine Wärme und stoßen kein Ozon aus. Sie verbrauchen bis zu 95% weniger Energie als leistungsgleiche, tonerbasierte Systeme. RISO-Printer werden nach der WEEE-Richtlinie produziert und tragen das Gütezeichen Energy Star, das besonders Energie sparende Bürosysteme auszeichnet.